

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Dienstag, den 13. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Armer Mann!

Den Seinen gibt es der Herr im Schlafe. Und ein solcher Hans im Glück war der verfloffene Bülow, der, wenn es darauf ankam, mit der Fingerfertigkeit eines Bahrmarktszaubers hastbunichgesehen aus einem Nichts ein Etwas für das staunende Publikum machte, wenn sich dieses Etwas auch nachher als ein wertloses Ding aus Pappe und Goldpapier entpuppte. Sein Nachfolger ist von anderer Art. Im Schweife seines Angesichts muß er sein Kanzlerbrot essen und nichts fällt ihm in den Schoß. So haben wir ihm auch mit der Vermutung bitteres Unrecht getan, daß er auf dem Heuboden seines Rittergutes Hohenfinow seinen Sommerschlaf halte. Er wacht vielmehr, der besorgte Herr v. Bethmann-Hollweg, bei Tage wie bei Nacht, über das Wohl des Reiches und flüht schon vierundzwanzig Stunden an Tage darüber nach, wie es zu machen sei, daß bei den nächsten Wahlen, mit dem bekannnten Nachtwächterliede zu reden, „der Stadt kein Schade geschieht.“

Herr v. Bethmann-Hollweg hat schon als Knabe zu den Musterschülern gehört und auf der ersten Bank gesessen, und wenn er jetzt als Reichskanzler über eine Wahlparole für 1911 nachdenkt, ganz angestrengt, mit manchem Schweißtropfen und manchem Achzen, dann kommt erst recht etwas Ersprießliches dabei heraus. Er ist kein unbegabter Beamter, Herr v. Bethmann, das muß ihm auch der Teufel lassen, denn man höre, was über das Ergebnis seiner Denkfähigkeit die „Frankf. Ztg.“ zu berichten weiß:

Hat die Regierung eine Wahlparole? — Wirklich beantwortet ist die Frage bisher nicht. Man hat nur allerlei Vermutungen ausgesprochen, da natürlich anzunehmen ist, daß die Regierung sich nicht hilflos von den brandenden Wogen der im Reich herrschenden politischen Stimmung treiben lassen will. Und das will sie in der Tat nicht. Der Reichskanzler hat sogar die Absicht, diese Stimmung zu meistern, sie zu lenken, die Regierung zu lenken, und er ist fest davon überzeugt, daß ihm dieses schwere Werk glücklich gelingen wird. Herr v. Bethmann-Hollweg hält sich für den flugen Lössen in der Brandung. In vertrauten politischen Kreisen hat er vor einiger Zeit über seine Wahlparole gesprochen, die allerdings einiges Erstaunen hervorrufen wird.

Die Wahlparole des Reichskanzlers, wie sie dieser jüngst in einem Gespräch barlegte, läßt sich durch einige Worte ausdrücken. Er will im Grunde abermals die alte Schmelze von der gefährdeten nationalen Arbeit blasen. Seine Absicht ist es, „alle positiv schaffenden Stände“ unter dem Kampfruf: „Unsere Schutzpolitik ist bedroht!“ zu sammeln. Unter „positiv schaffenden Ständen“ wird die Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk, Industrie und auch wohl die Arbeiter verstanden. Der Reichskanzler hofft augenscheinlich, daß diese glorreiche Parole wie ein Sprengpulver besonders auf die nationalliberale Partei wirken wird. Auch verpricht man sich von ihr in Beziehung auf das Verhältnis der liberalen Parteien zueinander Wunderdinge. Da ihre wirtschaftspolitischen Anschauungen mehrfach auseinandergehen, so hofft der Reichskanzler augenscheinlich mit seinem Anstrich, daß unserer nationalen Arbeit, daß den Schutzollen Gefahr droht, einen Crispel unter sie zu werfen. Sicher hofft er, ihren gefährdeten Zusammenschluß bei den Wahlen zu verhindern und die Nationalliberalen in den Kreis des schwarz-blauen Blocks zu ziehen.

Nicht wahr, man schaut nach dem Kalender, ob vielleicht der erste April oder Fastnacht ist? Aber nein, es ist ein ganz nüchterner Septembertag, die Blätter in den Wäldern draußen werden schon braun und die politische Winterkampagne hat begonnen. Und es ist auch keine Karnevalszeitung, die diese Nachricht bringt, sondern ein Blatt, das in den Vorjimmern sogenannter maßgebender Leute noch genug Preßsakalen herumlungern hat, um allerlei Dinge gelegentlich richtig aufzuschnappen. Man mag sich auch daran erinnern, daß das Agrarierblatt „Deutsche Tageszeitung“ vor nicht langem, als es über den Wirrwarr der Lage orakelte, stolz versicherte: Wir haben unsere Wahlparole! Und schließlich ist die gegenwärtige Regierung eine so besondere Firma, daß man ihr jede Loyalität zutrauen darf.

So mag es seine Richtigkeit haben mit dieser Wahlparole, aber um so weniger vermag man dabei ernst zu bleiben. Die gefährdete Schutzpolitik als Wahlparole — ist es die Menschenmöglichkeit? In einer Zeit, da Millionen die Fäuste ballen gegen den Zollwucher, der die Schutz trägt an der unerhörten Steigerung der Fleischpreise, in einer Zeit, da die Schutzpolitik von den Massen wie ein Stachelband empfunden wird, in einer Zeit, da der Name Schutz Zoll schon in der Arbeiterklasse wie

im Bürgertum Haß und Erbitterung erweckt, will die Regierung die Wähler herbeizulocken mit der Lösung: Kommi! Helst! Rettel! Die Schutzpolitik ist bedroht! Es ist wahrhaftig zu komisch und man kann nicht ernst bleiben.

Denn im Ernst gesprochen, kann der Sozialdemokratie nichts förderlicher sein, als wenn die Regierung mit dieser Wahlparole haufieren geht. Selbst die deutschen Michels, die zollbucke Eichenbretter vor der Stirn tragen, werden mit dem roten Stimmzettel zur Urne hasten, hören sie die Regierung mit schmetternden Trompetenstößen als Lösung verkünden, was für sich die unbedingte Herrschaft des Sunkertums verkörpert und die unbedingte Ausplünderung der Massen bedeutet. Nun ist es ja verzweifelt schwer, für eine Regierung, deren Karren so festgefahren ist, eine auch nur halbwegs zugkräftige Parole für die Wahlen zu finden. 1887 ist es mit dem Kriegsrummel geglückt. Das würde heute kaum mehr ziehen und ist auch ein wenig zu gefährlich, denn, wer in Zeiten internationaler Spannung, wie sie jetzt herrscht, mit Streichhölzern spielt, kann sich unversehens sehr eckhaft die Finger verbrennen. Auch, was den flüchtigen Erfolg von 1907 brachte, die Kolonialpolitik, hat nicht für fünf Pfennig Popularität mehr in den Volksmassen, und das Zentrum, gegen das damals die Spitze des Speers gerichtet war, steht heute mit am anderen Ende des Spießes. Und auch, wie man es einst getan, den roten Lappen so lange zu schwenken, bis er dem Pfahlbürger als der Feuerstein brennender Städte erscheint, würde in der gegenwärtigen Situation auch dem verhöcktesten Pfahlbürger nur ein Lachen des Argers und der Verachtung ablocken. Verzweifelt schwierige Sache, da eine Wahlparole zu finden. Aber daß sich Bethmann-Hollweg hinsetzt und aus den Rufen der Entrüstung und des Grimms, die ihm aus dem deutschen Volk entgegen schlagen: Preußisches Wahlrecht! Polizeischlachten! Reichsfinanzreform! Massenausplünderung! Fleisch- und Brotwucher! Sunkertwirtschaft! aufs Geratewohl einen herausgreift und treuherzig sagt: Das ist ja auch als Wahlparole zu gebrauchen, das scheint wahrhaftig vergnüglich bis über die Grenzen des Grotesken hinaus.

Denn nicht einmal die Nationalliberalen wird man damit vor den Karren der Regierung spannen können, und was liegt an dem Bäckerdübel Nationalliberaler! Die Masse muß es bringen: Und diese Masse wird, sofern sie nicht schon aus freien Stücken zu uns strömt, durch die Regierung zu uns getrieben. Die Sozialdemokratie erscheint wahrhaftig als ein „Instrument des Himmels“: Wilhelm arbeitet für sie mit seinen Reden, Bethmann-Hollweg müht sich mit seiner Wahlparole um ihr Wohlergehen — es ist eine Lust, zu leben!

Im Geiste aber sehen wir Herrn Bülow, den großen Macher und gewandten Bluffer, in der römischen Sonne lustwandeln und hören, wie er auf die Kunde von seines Nachfolgers Wahlparole mit boshafter Schadenfreude vor sich hinstarrt, was wir mit aufrichtigem Mitleid sagen: Armer, armer Mann!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reorganisation des Auswärtigen Amtes.
von der vor zwei Jahren so viel die Rede war, scheint nun doch so bald nicht durchgeführt zu werden. Wenigstens erfährt die „Saale-Zeitung“ an zuständiger Stelle in Berlin, daß eine Reorganisation des Auswärtigen Amtes einstweilen nicht zu erwarten ist. Der neue Staatssekretär, Herr v. Riederlen-Wächter, will erst noch länger beobachten und reiflich erwägen. — Auf gut Deutsch gesagt, bleibt alles beim alten.

Die verfrachte Einigkeit.

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß in Reuß j. L. ein Bündnis der sämtlichen bürgerlichen Parteien zustande gekommen sei mit dem Ziel, den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Horn wieder aufzustellen. Bald darauf dementierte die Fortschrittliche Volkspartei, daß sie an dem Bündnis beteiligt sei, und jetzt kommt auch der Bund der Landwirte und erklärt, daß er eine Kandidatur des Abg. Horn nicht wieder unterstützen werde. — Die schönen Leitartikel, die einige Blätter über das Wiedererkennen des Blocks gebracht haben, sind also für die Katz gewesen.

Fortschritt und Sammelpolitik.

In einer von der Fortschrittlichen Partei einberufenen Versammlung, die den Zweck hatte, gegen die Kaiserrede Stellung zu nehmen, sprach Abg. Träger. Er kam zu dem Schluß, daß wirkliche Abhilfe nur dadurch geschaffen werden könne, wenn das Parlament energisch darauf dringe, daß konstitutionelle Garantien in die Verfassung aufgenommen werden. Zum Schluß sagt er:

„Wir stehen kurz vor den Neuwahlen, wo es sich um den Kampf zweier Weltanschauungen — konservativ und liberal — handelt. Die Locköne der Sammlung haben längst ihren Klang und ihre Wirkung für uns verloren. Für uns heißt es, wie in der neuen Jahrbuchordnung: Rechts ausweichen und links überholen!“

Wir befürchten, daß der Freisinn sich in seiner übergroßen Mehrheit bei den nächsten Stichwahlen wieder gegen die Sozialdemokratie mit den Reaktionen vereinigen wird. Man kennt ja seine Pappenheimer!

Nationalliberale Steuerpolitik.

Der nationalliberale Kandidat für den jetzt vor der Nachwahl stehenden Reichstagswahlkreis Frankfurt a. O., Lebus, Dr. Winter, hat, wie wir unserem Kolibuser Parteiblatt, der „Märkischen Volksstimme“, entnehmen, in Versammlungen zu Müllrose und Neuhardenberg ein Geständnis gemacht, das zwar nichts Neues sagt, aber doch sehr bemerkenswert ist wegen des Bestrebens der Nationalliberalen, die ganze Verantwortlichkeit für die Reichsfinanzreform dem blau-schwarzen Block aufzuladen. Herr Dr. Winter hat in diesen Versammlungen gesagt, daß auch er, falls er im Reichstage gesessen hätte, für die Bewilligung der 400 Millionen Mark indirekter Steuern gestimmt hätte! Ja, er sagte weiter, daß er, falls er in Frankfurt-Lebus gewählt würde, auch für neue indirekte Steuern zur Kostendeckung zu haben wäre und daß namentlich Tabak und Bier noch einen Steueraufschlag vertragen könnten. Gewiß, so sagte Winter weiter, ist auch eine Vermögenssteuer möglich, aber indirekte Steuern seien notwendig und er werde jederzeit auch für sie eintreten.

Nachdem besonders die Tabaksteuererhöhung furchtbaren Elend über die Tabakarbeiter gebracht hat, erklärt der nationalliberale Kandidat sich zu einer nachmaligen Erhöhung dieser Steuer bereit. Die Arbeiter werden sich's merken!

Der Dank der Scharfmacher.

Während die meisten Handelskammern in Deutschland sich über die Wirkungen der neuen Steuern überaus abfällig geäußert haben, erntet Herr v. Bethmann-Hollweg, der diese Steuergesetze unterzeichnet hat, nunmehr den uneingeschränkten Dank der Scharfmacher. Die Handelskammer zu Bochum sagte in ihrem Bericht für das Geschäftsjahr 1909:

„Die am 12. Juli endlich erfolgte Annahme der Vorlage über die Reichsfinanzreform durch den Bundesrat leitete den Beginn einer langsam aufsteigenden Bewegung ein. Trotz der Mängel der neuen Steuergesetze und der durch sie bewirkten schweren Belastung und trotz der steigenden Aufregung, die infolge der Zerrissenheit unserer bürgerlichen Parteien auch bis heute nicht zur Ruhe gekommen ist, hat die Annahme der Reichsfinanzreform der deutschen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht.“

Diesen Dank statten die Scharfmacher natürlich nicht umsonst ab. Vielmehr enthält der Jahresbericht einen Wunschzettel der Scharfmacher von ganz ansehnlicher Länge. Zunächst wird die Kartellpolitik im deutschen Wirtschaftsleben beklagt, und der Regierung nahe gelegt, keinerlei Schritte zu unterstützen, die sich gegen die Kartellierung der deutschen Industrie oder einzelner ihrer Zweige richten. Weiter wird gewünscht die Möglichkeit eines größeren Einwirkens der Industrie auf die Fragen der äußeren Handelspolitik und außerdem wünscht die Großindustrie einen größeren Einfluß auf die staatlichen Faktoren ausüben zu können. Als Ziel wird bezeichnet: Die Erringung eines parlamentarischen Einflusses entweder durch die bestehenden politischen Parteien, oder, soweit diese versagen, außerhalb derselben. Den verbündeten Regierungen und der preussischen Landesregierung wird die Aufgabe zugewiesen, Mittel und Wege zu schaffen, um der Stimme der Industriellen mehr als bisher Gehör zu verschaffen. — So vorsichtig diese Worte auch abgewogen sind, so deutlich erkennt man daraus die Aufforderung an die Regierung, eine Änderung des Reichstagswahlrechtes vorzunehmen, oder wie soll man sich sonst den größeren Einfluß der Scharfmacher auf das Parlament vorstellen?

Zur Regelung der Feuerbestattung in Preußen.

Auf die Nachricht, daß dem preussischen Landtage eine Vorlage zugehen soll, die die obige Materie regelt, hatte die „Kreuzzeitung“ erklärt: Wir hoffen, daß sich diese Nachricht nicht bewahrheitet. — Diesen Wink scheint der preussische Minister des Innern v. Dallwitz verstanden zu haben, denn die „Tägliche Rundschau“ bringt eine, anscheinend offiziös inspirierte Nachricht, in der hervorgehoben wird, daß die Inangriffnahme dieser Frage nicht etwa erst durch den Wechsel im Ministerium des Innern herbeigeführt sei, sondern schon längst eingehender Prüfung unterliege. Nicht weniger als 6 Entwürfe sind be-

relts fertiggestellt gewesen. Die Schwierigkeiten einer solchen Vorlage lägen aber viel weniger in der Materie selbst, als in ihrer parlamentarischen Behandlung, und der Regierung käme es nur darauf an, eine Lösung zu finden, die die Aussicht bietet, im Landtage eine Mehrheit zu finden.

Zur Fleischsteuerung.

Der Direktor des Staatlichen Amtes zu Königsberg (Ostpreußen) hat Erhebungen über Fleischpreise und Viehbestand angestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die preußische Landwirtschaft „seit 1906 die Produktion von Schlachtvieh erheblich eingeschränkt hat, indem sie die Erzeugung von Rälbern zurückgelassen hat; sie hat sich mehr auf die Produktion von Milch gelegt, zumal von den mehr als zwei Jahre alten Kühen nur ein verschwindender Teil nicht als Milchkuhe benutzt wird. Das ist umso bedauerlicher, als die Fleischkonsumenten durch das Wachstum der Bevölkerung erheblich zugenommen haben. Weil bei steigender Einwohnerzahl die Rindvieherzeugung in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist, so kann auch von einem Sinken der Rindviehfleischpreise in den nächsten Monaten keine Rede sein, es müßte denn, da hier die Landwirtschaft verlagert, die Zufuhr einer großen Menge von Schlachtreifem Vieh aus dem Auslande erfolgen.“

In einer Versammlung der Augsburger Metzger und Wurstfabrikanten wurde angefaßt des immer fühlbarer werdenden Mangels an Schlachtvieh allen Ernstes die Frage erwogen, ob es nicht ratsam sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Läden und Geschäfte ganz zu schließen.

Augsburg hat infolge ungenügender Zufuhr von Schlachtvieh die höchsten Fleischpreise in ganz Bayern.

Die amtlichen Mitteilungen des Chemnitzer Stadtrates melden folgenden Ratschluß:

„Das Wohlfahrtspolizeiamt hat eingehende Erörterungen über die Höhe der Fleischpreise in Chemnitz angestellt, die ergeben haben, daß die Rinderpreise (34,8 Proz. des gesamten Fleischbedarfs) seit Monat Mai dieses Jahres so hoch gestiegen sind, daß sie die hohen Preise des Jahres 1906 erreicht, zum Teil sogar überschritten haben, wogegen die Schweinepreise (47,94 Proz. des Gesamtbedarfs) im September 1909 ihren Höhepunkt erreicht haben und seitdem in steter Abwärtsbewegung begriffen sind.“

Wenn nun auch die Preissteigerung beim Rindfleisch infolge der Verbilligung des Schweinefleisches z. B. noch nicht so hart empfunden wird als im Jahre 1906, wo gerade das von der minderbemittelten Bevölkerung bevorzugte Schweinefleisch hoch im Preise stand, so gibt doch das außerordentlich starke Steigen der Rindfleischpreise zu schweren Besorgnissen Veranlassung, und der Rat beschließt daher, bei der Rgl. sächsischen Staatsregierung vorstellig zu werden und diese zu ersuchen, zu prüfen, welche Maßnahmen zur Hebung der die Volkswohlfahrt schädigenden ungenügenden Zustände auf dem Fleischmarkt ergriffen werden können.“

Die Fleischermeister beim Landwirtschaftsminister.

Dienstag vormittag wird der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer eine Deputation des deutschen Fleischerverbandes empfangen, die ihm eine Denkschrift über die Fleischsteuerung und deren Ursachen überreichen wird. Leider ist auf einen Erfolg nicht zu hoffen, nachdem das Landwirtschaftsministerium bekanntlich auf dem Standpunkt steht, daß in Deutschland genügend Fleisch erzeugt wird und daß die jetzige Kalamität nur vorübergehender Natur sei.

Wieder ein russischer Grenzzwischenfall.

In Myslowitz haben etwa 12 Männer, die keine Pässe besaßen, mit einem russischen Gendarmen und zwei russischen Polizisten verhandelt, um sie ohne Paß über die Grenze zu bringen. In der Mitte der Grenzbrücke fielen die Polizisten plötzlich über ihre Schutzbefohlenen her und suchten sie auf russisches Gebiet zu treiben. Wie dem „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt wird, wandten sich die Männer natürlich zur Flucht, drei aber wurden ergriffen, zwei davon konnten befreit werden, währenddem einer von den Russen auf russisches Gebiet geschleift wurde.

Die Grenzzwischenfälle sind allmählich schon etwas Alltägliches geworden, und es ist bezeichnend, daß russische Gendarmen, Polizisten, ja sogar Offiziere, ohne weitere Förmlichkeit in den deutschen Grenzstädten sich herumtreiben können, während die Russen die rigorosesten Maßnahmen ergreifen, sobald ein Deutscher, ohne im Besitz eines Passes zu sein, auch nur um Fußbreite die russische Grenze überschreitet.

Der neue Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums.

Die Mitteilung, daß der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ausersehen sei, wird offiziös bestritten. Demgegenüber halten die „Deutschen Nachrichten“, die Beziehungen zu Beamtenkreisen unterhalten, daran fest, daß Herr v. Schorlemer tatsächlich als Vizepräsident des Ministeriums ausersehen sei. Herr v. Schorlemer ist Katholik und steht auf dem Boden des Zentrums. An letzterem ändert auch der Umstand nichts, daß Herr v. Schorlemer nicht immer mit der Haltung des Zentrums einverstanden war. Insbesondere hat er sich bestritten, das Zentrum von einer demokratischen Betätigung abzuhalten, und es ist kein Zweifel, daß er für dieses Bestreben den stillen Beifall weiter Kreise des Zentrums erteilt. In den „Deutschen Nachrichten“ wird nun die Sache so hingestellt, als ob die Berufung des Herrn v. Schorlemer als eine Konzession an das Zentrum aufzufassen sei. Gleichzeitig wird diesem Blatt von berufener Seite auch noch gesagt, was es mit dem Dementieren überhaupt auf sich habe. Es wird daran erinnert, daß offiziös die Nachricht dementiert worden sei, wonach der deutsche Kaiser mit dem Zaren eine Zusammenkunft haben werde. Heute wird die Richtigkeit dieser Nachricht überhaupt nicht mehr bestritten. Angeblich ist die Dementierung nur deshalb in Bewegung gesetzt worden, um zu verhindern, daß ein Attentat auf den Zaren vorbereitet werden könne. Wie sich in dem Falle gezeigt habe, daß das Dementi auf eine absichtliche

Irreführung der Öffentlichkeit hinausläge, so sei auch an der Dementierung der Nachricht, daß Herr v. Schorlemer Vizepräsident werden solle, kein wahres Wort.

Wechsel im sächsischen Finanzministerium.

Der sächsische Finanzminister Dr. v. Klüger ist von seinem Posten zurückgetreten. An seine Stelle hat der sächsische König den Geheimrat v. Sendewitz zum Finanzminister ernannt. Der zurückgetretene Finanzminister war ein engagierter konservativer Parteigänger.

Die Wahlsparole Bethmann-Hollwegs.

Die im heutigen Leitartikel besprochene Wahlsparole des Reichs-Handlangers wird, wie es vorausgesehen war, dementiert. Die „Frankf. Zeitung“ bemerkt dazu in einem längeren Artikel, die Nachricht ist zutreffend und daran ändern selbstverständlich die verschiedenen inspierten Dementis nichts. Die erste Ableugnung veröffentlichte der Berliner Korrespondent der „Rölnischen Zeitung“ Was dementiert man denn mit einem solchen Dementi? Natürlich hat der Reichskanzler bisher keine Wahlsparole „ausgegeben“, sonst wäre ja unsere ganze politische Diskussion erledigt. Aber erörtert hat er im engeren Kreise diese Parole, die er ausgeben wolle, und über diese Erörterungen haben wir uns zu berichten erlaubt.

Polizei hilft!

Die „Deutsche Tagesztg.“ befaßt sich mit der Rede, die unser Genosse Saures am Sonntag in Frankfurt a. M. gehalten hat und bezeichnet sein Auftreten als eine besondere Dreistigkeit. Auf eine günstige Beurteilung durch das Agrarierblatt durfte Genosse Saures natürlich von vornherein nicht rechnen. In der Schimpfepistel des agrarischen Blattes wird dem Genossen Saures völlige Unkenntnis der deutschen Verhältnisse zum Vorwurf gemacht und schließend schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ nach dem Urheilmittel: der Polizei. Sie wirft nämlich die Frage auf, ob unsere Behörden nicht gut täten, sich sehr zu überlegen, ob sie derartige Gastrollen von Ausländern überhaupt künftig gestatten sollen.

Gänge-Peters in der Klemme.

Dr. Peters hat behauptet, die Mißstimmung gegen die Dernburgsche Politik habe dazu geführt, daß unter den Ansiedlern in Deutsch-Südwestafrika der Gedanke der Losreißung von Deutschland eifrig erörtert wurde. Dieser Behauptung sind einige Mitglieder des Landesrates für Südwestafrika entgegengetreten mit der Erklärung, daß die Angaben des Peters völlig erfunden seien. Dr. Peters nimmt nun in seinem Leitblatt, in der „Post“, das Wort zu diesen Auslassungen und erklärt:

„Ich habe niemals irgend jemandem erzählt, daß in Deutsch-Südwestafrika rebellische Gelüste gegen das Deutsche Reich vorhanden seien, aber ich habe gesagt, daß infolge der Dernburgschen Behandlung deutscher Ansiedler derartige Stimmungen entstehen könnten. Ich weiß dies aus Unterhaltungen mit Deutsch-Südwestafrikanern und ich weiß auf der andern Seite, daß Kap-Politiker anfangen, mit solchen Möglichkeiten zu rechnen. Ich glaube, im Interesse der deutschen Kolonialpolitik gehandelt zu haben, indem ich auf solche Eventualitäten hinwies.“

Diese Ausrede dürfte allgemein mit Heiterkeit aufgenommen werden. Jedenfalls hat Peters „Rüsten-Klatsch“ verbreitet, von dem gerade er am besten wissen mußte, wie dieser zu bewerten ist. Weil Peters aber gerade dabei ist, „richtigzustellen“, erklärt er weiter:

„Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß ein jeder, welcher noch einmal öffentlich behauptet, ich sei aus dem deutschen Reichsdienst entlassen, weil ich meine Maitresse aufgehängt habe, ein ehrloser Lügner und Ber-leumder ist.“

Diese Richtigstellung tut den Tatsachen Gewalt an. Für die Entlassung des Peters ist allerdings neben anderem auch der Umstand mit von Einfluß gewesen, daß er seine afrikanische Frau — nicht Maitresse — aus Eifersucht hat aufhängen lassen. Peters scheint zu den Eigenschaften der Deutschen auch eine ausgesuchte Vergeßlichkeit zu rechnen, sonst hätte er mit einer solchen „Richtigstellung“ noch mindestens ein Jahrzehnt gewartet.

Russische Polizeitaten in Deutschland.

Vorige Woche hat die Polizei in Frankfurt a. M. den russischen Schauspieler Eisenberg und vier seiner Kollegen ausgewiesen, anscheinend auf Veranlassung eines russischen Kriminalbeamten. Die jüdische Theatergesellschaft, der Eisenberg angehört, hatte für Sonntag, 11. September, abends, um dem mittellosen Eisenberg und seiner Frau das Reise-geld zu beschaffen, eine Vorstellung angezettelt, in der ein religiöses Singpiel zur Aufführung gelangen sollte. Die Polizei hat nun Sonnabend nachmittag dem Direktor der Schauspieltruppe mitteilen lassen, daß sie die Vorstellung am Sonntag nicht gestatte. Als Grund wurde angegeben, daß der Direktor keinen Gewerbeschein besitze. Die plötzlichen Bedenken der Polizei erscheinen um so merkwürdiger, als die erste Vorstellung trotz des fehlenden Gewerbescheins anstandslos bewilligt wurde, und der Direktor im Besitz eines von der Polizei selbst abgestempelten Kunstscheines ist. Der Direktor mußte sich schriftlich verpflichten, keine Aufführung mehr zu veranstalten. Die Mitglieder der Truppe sind dadurch brotlos geworden.

Frankreich.

Die Lebensmittelsteuerung, die in den letzten Wochen sprunghaft erschreckende Fortschritte gemacht hat, wird, wie der „Woff. Ztg.“ aus Paris geschrieben wird, zu einer überaus ersten wirtschaftlichen und selbst politischen Erscheinung. Zuerst schlug der Brotpreis um 5 bis 10 Centimes für den in Paris und den meisten Provinzstädten üblichen Zweikilolaf auf. Dafür ist die französische Bevölkerung, die in Europa die stärkste Brotesserin ist, besonders empfindlich. Die Empörung gegen die Preiserhöhung war so heftig, wie sie in München, bei der Steigerung des Bierpreises zu sein pflegt, und die Bäcker wagten nicht, ihren vermehrten Preis aufrecht zu erhalten. Dann folgte der Wein, nach französischem Volksbegriff ein Nahrungsmittel (nicht Gemüß-) Mittel von derselben Unentbehrlichkeit wie Brot und Fleisch, mit einem Anstieg von 15 bis 20 Centimes für das Liter im Kleinverkauf. Jetzt wird

ein Artikel nach dem andern in den unheimlichen Reigen hineingezogen: Fleisch jeder Art, alle Gemüse- und Obstgattungen, auch schon die Konserven von Sardinen, Makrelen usw., die seit Menschengedenken ihren unabhänglichen festen Preis hatten, Butter, sämtliche Käsearten, Öl, und nun beginnen die Hauswirte die Mieten zu steigern, weil sie angeblich alle Arbeiter an ihren Häusern teurer bezahlen müßten. Die Arbeiter-schaft, die unter diesem Unheil am schwersten zu leiden hat, wendet sich erbittert gegen die Behauptung, daß die Teuerung lediglich oder hauptsächlich infolge der Mähernte von Heu, Getreide und Wein eingetreten sei. Mit Recht macht sie die Spekulation, dem Korn- und Viehwucher, der sich als eine förmliche Verschwörung frivoler Gewinnjucht gegen das Gemeinwohl darstellt, verantwortlich. Sie fordert Maßregeln der Staatsgewalt gegen diesen Wucher, und vor allen Dingen die mindestens zeitweilige Aufhebung aller Lebensmittelzölle. Dagegen wehren sich die Händler; nach ihrer Behauptung komme lediglich die schlechte Ernte als Ursache der Teuerung in Betracht. Sehr charakteristisch ist, daß sie gegen eine Aufhebung der Lebensmittelzölle energig opponieren. Auch die Konsumativen suchen über die Ursachen der Teuerung hinwegzutäuschen; sie erklären die maßlose Steigerung aller Preise aus der sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten Zeit. Die Sonntagsruhe, die Unfallversicherung, die fortwährenden Ausstände, die übermäßigen Lohnforderungen der Arbeiter, ihr schlechter Wille, ihr systematisch langsames und mangelhaftes Arbeiten legen den Unternehmern derartige neue Lasten auf, daß sie nur die Wahl haben, mit Verlust zu arbeiten und in kürzester Zeit zugrunde zu gehen oder ihre Mehrbelastung auf die Käufer und Verbraucher abzuwälzen. Das ist plumper Schwindel, gegen den die organisierte Arbeiterschaft Stellung nimmt. Ihre Führer empfehlen überall Versammlungen gegen die Teuerung abzuhalten und alle Artikel, deren Preis die Händler erhöhen, zu boykottieren. Diese Maßnahme hat leider wenig Aussicht auf Erfolg. Das französische Volk und seine Regierung stehen ohne Zweifel vor einem hochernsten Problem, dessen befriedigende Lösung nur durch gründliche Maßnahmen, wie die Sozialdemokratie sie fordert, erreicht werden kann. Aus einer offiziellen Note, die den Pariser Blättern zugeht, ergibt sich, daß der Ministerpräsident Briand dem Direktor Bassilliere vom Landwirtschaftsministerium zum Vortrag über den Stand der Ernten und die Wirkung auf die Teuerung empfangen hat. Es sind Weisungen dahin ergangen, die schon angeordneten Untersuchungen über etwaige verbrecherische Spekulationen zu beschleunigen, die eine Beeinflussung der Lebensmittelpreise bezwecken; die Verfolgung etwaiger Übertreter soll dann rasch betrieben werden. Herr Bassilliere versicherte dem Minister, daß die Umstände die in gewissen Pariser Stadtvierteln eingetretene Erhöhung der Fleischpreise nicht rechtfertigten, worauf Herr Briand dem Beamten austrug, dem Obmann des Metzgerverbandes Mitteilung zu machen, daß, wenn gewisse Geschäftsleute ihre unberechtigten Unnachgiebigkeit nicht aufgaben, die Regierung nicht anstehen würde, die Fleischpreise amtlich festzusetzen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 13. September.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonienbauten in Ruckitz sind wegen Unfortschritt gesperrt, des weiteren der Bau E. Berles, Ecke Notböcherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Achtung Stukkateure! Aber das Geschäft von Friedr. Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Zum Kampf auf den Werften.

Seit dem 12. August ist hier in Lübeck der Kampf der Werftarbeiter im Gange. Die Unternehmer warfen zur Unterstützung der Hamburger Werften kurzerhand 60 Proz. der Arbeiterschaft der Kochschen Werft und der Lübecker Maschinenbaugesellschaft auf die Straße und hinderten sie an die Fortsetzung der freiwilligen Arbeit in ihren Betrieben sowie bei anderen Arbeitgebern. Es wurde dann von der bürgerlichen Presse der Anschein erweckt, als ob die zwei Betriebe sehr wenig zu tun hätten und die Zeit der Bewegung für die Arbeiterschaft die allerungünstigste wäre; es wurde auch erklärt, daß nicht alle Leute wieder eingestellt werden sollten, wenn der Konflikt zu Ende sei. Die Sache hat sich aber sehr geändert, denn als die Ausgesperrten die dritte Woche im Kampfe standen, brannte der Lübecker Maschinenbaugesellschaft bereits das Feuer auf den Mägeln und der Kampf trat in ein anderes Stadium. Der zweite Betriebsleiter Grove reiste ab zur Anwerbung, und Transportierung lieber Arbeitswilliger und zeigte damit, wie passend die Ausgesperrten ihre Zeit gewählt hatten, trotz des bürgerlichen Presse-Schwindels. Am 6. September morgens traf denn auch der erste Transport der teuren Ware hier ein und wurde von der Lübeck-Büchener Eisenbahndirektion mittels Personenwagen auf den Betriebsplatz befördert, damit von den bösen Streitenden ja kein Mann aufgefördert wurde. Es war nämlich den Leuten gesagt worden, sie sollten nach Hamburg auf Montage bei freier Station und einem Tagesverdienst von 6 bis 8 Mk. Drei Mann sahen die traurige Rolle, die sie den Ausgesperrten gegenüber spielen sollten ein, und legten nach drei mühevollen Tagen die Arbeit nieder; sie bekamen aber nicht den versprochenen Lohn, sondern nur für einen Tag — obwohl sie drei tätig waren — den fürklichen Lohn von 40 Pf. die Stunde. Es folgten dann weitere Transporte am 9., 10. und 11. September mit insgesamt 60 bis 70 Mann. Es gelang den Ausgesperrten, sich mit 18 der Leute zu verständigen und verließen diese denn auch das fidele Gefängnis umgehend wieder. Die Lübecker Maschinenbaugesellschaft wird nun von Schutzleuten abgesperrt und streng bewacht. Man konnte jetzt die Beobachtung machen, daß unsere Schutzleute, die doch ihre Vorbelegungen haben, nicht von diesen, sondern zweitweise vom Betriebsleiter Behrens beauftragt und befehligt wurden. Am Sonntag, dem 11. d. M., mußten Passanten der Struckfährer sowie Ausflügler beobachten, wie die Lieben Arbeitswilligen in der Trave im Adams-Rostum sich badeten, obwohl es doch fast Jahren schon verboten ist; und unsere Behörde, die auf alles achtet, sah es nicht. Auch Vorstellungen bei einzelnen Beamten hatten keinen Erfolg. Ferner haben die Beamten der L.-M.-G. ihre früheren Arbeiter, jetzige

Provokation in Permanenz!

Nachdem der Jar durch seine kürzlich veröffentlichten Manifeste über die Einberufung einer außerordentlichen Session des finnischen Landtages deutlich gezeigt, daß er zielbewußt darauf hinarbeitet, die Eroberungspläne der Bobrikoffelique in Wirklichkeit umzusetzen und einen Konflikt mit dem finnischen Volke gewaltsam heraufzubeschwören, veröffentlicht nun die Regierungspresse den Wortlaut der Gesetzesvorlagen, über die der Landtag jetzt sein „Gutachten“ abgeben soll. Schon in formeller Beziehung bedeuten diese Vorlagen einen frechen Gewaltstreich gegen die verfassungsmäßigen Rechte Finnlands, da es der finnischen Volksvertretung unmöglich ist, ein Gutachten über diese Vorlagen abzugeben, ohne zugleich die Gesetzmäßigkeit des Staatsreichskafes vom 30. Juni und das Recht der Duma und des Reichsrates anzuerkennen, über die wichtigsten Fragen der finnischen Gesetzgebung zu entscheiden. Noch deutlicher tritt aber der provokatorische Charakter der Jarenpolitik in den Vorlagen selbst zutage, die der Ministerrat in der größten Eile zusammengestoppelt hat.

Im raffiniertester Weise hat die russische Regierung zwei Fragen als Sturmböck gegen den finnischen Landtag gewählt, die ihr, wenigstens äußerlich, die Möglichkeit geben, sich vor der öffentlichen Meinung Europas als Schützerin des „Staatsinteresses“ und des „Gleichheitsprinzips“ aufzuspielen. Da ist erstens die Militärvorlage, die schon zu Bobrikoffs Zeiten den Konflikt zwischen Rußland und Finnland heraufbeschworen. Nachdem die finnischen Regimenter, im Widerspruch mit der Verfassung, aufgelöst und der Wunsch der russischen Regierung, die finnischen Staatsbürger zur Ableistung der Militärpflicht nach Rußland überzuführen, dank dem mannhaften Widerstande des finnischen Volkes zunichte wurde, blieb die Militärfrage eine Zeilang in der Schwebe, bis die russische Regierung eigenmächtig erklärte, Finnland habe eine bestimmte Summe jährlich als Militärkontribution zu zahlen. Diese Gesetzesverletzung soll nun die endgültige Sanktion der Staatsreichsduma erhalten. Die betreffende Vorlage bestimmt, daß die finnländische Staatskasse, „bis die finnländischen Bürger zur Ableistung der persönlichen Militärpflicht herangezogen werden“, jährlich eine bestimmte Summe an die russische Staatskasse abzuführen habe, die 1911 12 Millionen Mark beträgt und dann jährlich um eine Million steigt, bis sie die Höhe von 20 Millionen erreicht. Die finnische Volksvertretung wird natürlich nie und nimmer diesem frechen Raubzug gegen die finnische Staatskasse ihre Zustimmung erteilen, was den russischen Regierungschurken abermals die Möglichkeit geben wird, sich heuchlerischerweise darüber zu beklagen, daß Finnland für die „Reichsverteidigung“ keine Mittel bewilligen wolle.

Im noch krasserer Weise tritt diese Heuchelei in der zweiten Regierungsvorlage zutage, die die „Gleichstellung“ der russischen und finnischen Bürger betrifft. Die russische Regierung, die jedes Recht der Bürger mit Füßen tritt und das ganze Reich in eine Satrapie verwandelt hat, wo nur die Willkür der Regierungsbanditen herrscht, hat plötzlich ihr gleichheitsfreundliches Herz entdeckt und sucht die russischen Bürger in Finnland mit den finnischen in rechtlicher Beziehung gleichzustellen. Dieser plötzliche „Liberalismus“ der Stolypinschen Kreaturen ist um so erstaunlicher, als den Russen auch bisher keine Schwierigkeiten bereitet wurde, sich in Finnland zu naturalisieren, und das im Jahre 1906 vom finnischen Senat ausgearbeitete Projekt, das den russischen Bürgern die Erlangung des Bürgerrechtes in Finnland erleichterte, vom russischen Minister-

rate abgelehnt wurde. Daß jetzt diese Frage russischerseits in den Vordergrund gerückt wurde, ist nichts anderes als eine provokatorische Bombe, die mit der nationalistischen und chauvinistischen Politik Stolypins vollkommen im Einklang steht.

Unser finnischer Korrespondent schreibt uns über die letztgenannte Vorlage folgendes:

Die Forderung der russischen Regierung, russischen Staatsbürgern in Finnland die gleichen Rechte wie finnischen Bürgern einzuräumen, klingt ganz selbstverständlich, und so manche werden fragen, wie es möglich wäre, daß sich die Finnen gegen eine derartige Forderung auflehnen können. Bei näherer Betrachtung ändert sich aber das Bild vollkommen. Die russische Regierung ist durchaus nicht bemüht, die Rechte der russischen Bürger zu erweitern. Wenn sie das wollte, könnte sie es im Reiche selbst leicht durchführen. Die geforderte Gleichstellung der russischen und finnischen Bürger in Finnland bedeutet nichts anderes, als daß die Finnen um so leichter und harmloser unter die Krute der russischen Bürokraten gebracht werden sollen. Die finnische Verfassung sichert Finnland eine Verwaltung durch finnische Beamte. Dieses Recht will nun die russische Regierung durchbrechen. Sie weiß, daß die finnischen Beamten ihren reaktionären Bestrebungen nicht die Fügsamkeit entgegenbringen werden, die sie wünscht. Darum verlangt die Regierungsvorlage, daß allen Russen, die die entsprechenden russischen Anstalten oder Prüfungen absolviert, das Recht gewährt werde, die Beamtenposten in Finnland zu bekleiden. Außerdem soll den russischen Untertanen christlichen Glaubens das Recht gewährt werden, die Posten der Geschichtslehrer an den finnischen Schulen zu bekleiden. Alle finnischen Amtspersonen, die den russischen Bürgern bei der Ausübung dieser Rechte Hindernisse in den Weg legen, werden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und, was hier besonders interessant ist, den Petersburger Gerichten zur Aburteilung übergeben. Es ist klar, daß in diesen Bestimmungen der Anfang zu einer Beseitigung der finnischen Beamtenschaft und der gewalttätigen Russifizierung Finnlands liegt. Darum versteht es sich von selbst, daß das finnische Volk, im Interesse seiner Kultur und nationalen Selbständigkeit, diesen Plänen einen schroffen Widerstand entgegenzusetzen wird.

Daß die russische Regierung garnicht daran denkt, die wirklichen Rechte ihrer Untertanen in Finnland zu fördern, ist übrigens schon daraus ersichtlich, daß sie mit aller Gewalt die in Finnland lebenden russischen Arbeiter daran hindert, die Freiheiten zu genießen, die sich die finnische Arbeiterschaft erkämpft hat. Die Stolypinsche Polizeigewalt hat alle russischen Arbeiterorganisationen zerstört, die Mitglieder derselben nach Rußland abgeschoben usw. Die wirklichen Bestrebungen der Regierung werden gleichfalls grell illustriert durch die Haltung, die die „Gleichheits“vorlage den Juden gegenüber einnimmt. Punkt 3 der Vorlage lautet: „Die besonderen finnländischen Gesetzesbestimmungen, die sich auf die Juden und Zigeuner beziehen, sollen zeitweilig, bis zu ihrer Revision, in Kraft bleiben.“

Diese Bestimmung steht vollkommen im Einklang mit der Praxis der Petersburger Regierung, die jede auf die Revision der rückständigen finnischen Indengefetzgebung hinzielende Maßnahme des finnischen Senates, die dank der energischen sozialdemokratischen Agitation erzielt wurden, strikt verwarft. Das hinderte die Anhänger der Regierung freilich nicht, in der Duma und im Reichsrat auf die „Rückständigkeit“ der jüdischen Gesetzgebung in Finnland hinzuweisen, wie es wohl auch die offenen und verkappten Anhänger der Jarenpolitik im Auslande nicht hin-

bern wird, auch in Zukunft für die „staatsmännischen“ und „liberalen“ Maßnahmen der russischen Regierung in Finnland einzutreten.

Aus der Partei.

Konservative Feinde gegen die Jugendbewegung. Die „Kreuzzeitung“ denunziert wieder einmal die freie Jugendbewegung. Das Denunzierer liegt dem edlen Junkerorgan von je im Blute, neuerdings aber besteht bei ihm die Bekämpfung der politischen Gegner nur noch im Denunzieren. In der Nummer vom 10. September schreibt das Blatt:

„Der „freien“ (sozialdemokratischen) Jugendbewegung scheint die Kopenhagener internationale Konferenz nicht gut zu bekommen. „Genosse“ Liebknecht hat dort gar zu kräftig den bisherigen Behauptungen, die „freien“ Jugendvereine hätten mit Politik und mit Sozialdemokratie nichts zu tun, den Boden abgegraben. Nach den Liebknechtischen Darlegungen kann, wie wir schon hervorgehoben, kein Gerichtshof mehr auf derartige Ausreden Wert legen, sondern muß die Jugendvereine als parteipolitische, der sozialdemokratischen Bewegung angegliederte Organisationen ansehen.“

Zum Schluß der langen Heckerlei heißt es: „Es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß nun endlich der Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung aufgenommen wird. Die Kopenhagener internationale Tagung gibt die Handhaben hierzu. Und man wird nur wünschen können, daß der dringend notwendige Kampf mit aller Rüstlosigkeit und Konsequenz durchgeführt werden möge.“

Selbst wenn die Wünsche des Denunziantengesindels in Erfüllung gingen, wird die Jugendbewegung ebenso wenig tot gemacht werden können, wie die Arbeiterbewegung überhaupt.

Ein Parteijubiläum. Die illoyale sozialdemokratische Presse Rußlands hat vor kurzem Gelegenheit gehabt, ein seltenes Jubiläum zu feiern. Das Organ der Sozialdemokratie Lettlands, „Zihna“ (Der Kampf), hat unlängst seine Nummer 100 veröffentlicht, die eine Reihe interessanter Rückblicke auf die sozialdemokratische Bewegung der Ostseeprovinzen bringt. Außer interessanten Beiträgen Lenins, Warzows, Aretzows und der bekanntesten lettischen Genossen enthält die Nummer Begrüßungsschreiben des deutschen Parteivorstandes, der „Vorwärts“-redaktion, der Genossen Webel, Kautsky, Luxemburg, Quysmans, des Vorstandes der Sozialdemokratie Polens und Litauens, des Zentralkomitees des „Bundes“ und der Redaktionen der russischen sozialdemokratischen Organe. Aus der Geschichte dieses Kampforgans unserer lettischen Genossen ist ersichtlich, daß es seit März 1904 ständig auf dem Wollen war, um die Ideen des Sozialismus in die Massen zu tragen und die Interessen der Partei zu verteidigen. Zeitweilig erreichte die „Zihna“, obgleich sie in Geheimdruckereien hergestellt wurde, eine Auflage von 10 000 Exemplaren, während ihre Abonnementseinnahmen sämtliche Kosten der Geheimdruckereien (gegen 1200 Rubel monatlich) deckten. Da es in letzter Zeit unmöglich wurde, die „Zihna“ in Rußland herauszugeben, wird sie von nun an in Brüssel herausgegeben. Unlängst des Jubiläums der „Zihna“ verdient es hervorgehoben zu werden, daß zu den Prozessen wegen der Geheimdruckereien der „Zihna“ 34 Genossen und Genossinnen herangezogen wurden, die insgesamt 53 Jahre in Untersuchungshaft saßen. Das Urteil gegen sie lautete: 14 zur Verbannung nach Sibirien, 9 zu insgesamt 59 Jahren Zwangsarbeit, 8 zu 15 Jahren Gefängnishaft. Eine Genossin (Emma Amin) erkrankte im Gefängnis an der Schwinducht und starb, eine andere, Silda Ritter, wurde von einer Schildwache meuchlings niedergeschossen. Diese blutige Statistik charakterisiert den Leidensweg, den die „Zihna“ hinter sich hat.

Die internationale Kundgebung in Frankfurt a. M. An Stelle der städtischen Festhalle, die man bekanntlich unseren Genossen unter nichtigen Vorwänden verweigert hatte, war der Garten des Livoli-Etablissements der Schauplatz der großartigen Kundgebung, an der ca. 30 000 Menschen

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

91. Fortsetzung.

„Und wenn er ihn wieder frei ließe?“

„Frei?“ rief Joost lachend aus, — hat er nicht das Blut eines Weissen, noch dazu eines holländischen Beamten, vergossen und glaubst Du, daß sie das je ungestraft lassen? Wenn er nicht gegangen wird, weil der Verwundete mit dem Leben davon gekommen ist, so wäre doch Verbannung das wenigste, was ihm bevorsteht.“

„Das dach' ich mir,“ sagte Klapa, zufrieden mit dem Kopf nickend, „und das wäre für uns alle das Beste. Wastant ist ein wilder und gefährlicher Gesell und haßt die Wolandas.“

„So schaff Deine Gefangenen her,“ sagte Joost, „ich habe Leute mitgebracht, die sie in Obhut nehmen können.“

„Leute?“ frag Klapa mißtrauisch; „wen?“

„Ein paar Oppas vom Residens.“ Wenn Du ihnen nicht begegnen magst, so geh in Tsin-fus Haus; dort werb' ich Dir auch das Geld auszahlen.“

„In Tsin-fus Haus?“ — wiederholte immer noch halb unschlüssig der Eingeborene; — „aber bah!“ rief er plötzlich, den Kopf zurückwerfend und den Chinesen mit seinen dunkeln Augen scharf fixierend, — „Tsin-fu kennt Klapa. Er weiß, daß er gegen ihn nicht fallig sein darf, oder — es wäre ihm zu wünschen, er hätte die Breanger Regenschäfte und diese Berge in seinem Leben nicht gesehen.“

„Klapa weiß, daß Tsin-fu der Freund seines Stammes ist.“ sagte der Chineser ängstlich, denn er geriet hier in doppelte Verlegenheit und Gefahr, wenn der Gang dieses schlimmen Wirschen mißlang. Peffen konnte ihn dann verurteilen und diese Rothhaut ihm jede Stunde das letzte Haus mit allen seinen Vorräten über dem Kopf anzulinden, ohne daß er instande gewesen wäre, es zu verhindern. Der Javane beachtete ihn aber schon nicht mehr. Hier, dicht an der Grenze seiner Wildnis, fürchtete er wenig von seinen Feinden, — am wenigsten von dem Chinesen selber, dessen feige Natur er kannte und der ihm schon dadurch auch für das Weissen Verschickte Bürgschaft leisten mußte. Wie er bekommen, verschwand er deshalb auch wieder in den jenen kleinen Plaz umgebenden Blütenbüschen und bald darauf

erschieden Patant und hinter ihm Melattie, ihre Arme mit Wasserläusen auf dem Rücken festgebunden, und der Mann von zwei Malayan, die Frau von einem einzelnen alten Burschen geführt. Der unglückliche Patant war mit Blut bedeckt, denn nicht gutwillig hatte er sich seinem Feind überliefert und nur Hinterlist und Verrat ihn so rasch bewältigen können. Bis zum letzten Moment, so lange er nur noch die Möglichkeit einer Befreiung sah, hatte er sich auch mit Anstrengung aller seiner Kräfte gewehrt; jetzt, wo er alles vergebens mußte, schritt er still und mit gesenktem Kopf zwischen seinen Führern hin. — Es sollte so sein; sein Schicksal war erfüllt — Klapa wollte, daß er an seine Feinde ausgeliefert wurde, um dort für das vergossene Blut den Tod zu erleiden — was konnte er dagegen machen? — Von dem Moment auch, wo dieses Gefühl der erreichten Bestimmung, der Fatalismus der Mohammedaner, seine Seele erfaßt hatte, rührte er kein Glied mehr zu seiner Verteidigung. — Es wäre ja doch nutzlos gewesen.

Ganz gebrochen war Melattie. Eine anspruchslose Heimat hatte sie verlassen, ja eine Heimat voll Entbehrungen und Sorgen, selbst ohne die Sicherheit, die sonst das ärmlichste Dach seinen Inassen gewährt; aber es war doch eine Heimat gewesen. — Der wilde Wald, von schlimmen Tieren und oft schlimmeren Menschen gefüllt, hatte doch den eigenen Herd umschlossen, an dem sie mit dem Geliebten weilen durfte und sie selber, außer der Sehnsucht nach ihrer Mutter, keinen weiteren Wunsch genährt oder nur gefannt. Des Feindes rauhe, mörderische Hand brach da über sie herein. Ob sie ihr ganzes Leben auch arbeitsam, ehrlich und brav gewesen, wen kümmerte das jetzt? — Gegen die Befehle der Weissen, so jedem Glauben widersprechend diese auch oft sein mochten, hatte er gehorcht, ihnen war er verfallen und ihnen sollte nicht allein jetzt er, nein auch sie geopfert werden. Und konnte das ein Gott der Liebe sein, der solchen Frevel duldet? — Handelten so Christen? Und durften sie dann glauben, die Mohammedaner zu überzeugen, daß ihre, die christliche, Religion die bessere sei? Arme Melattie! Mache die Lehren Christi nicht verantwortlich für das, was Priester und Laien in seinem Namen sündigen. Wohl ist die christliche Religion eine Religion der Liebe — das wenigstens war der Wille ihres Schöpfers. Daß sie nur zu oft zu einer Religion des Hasses und Blutvergießens wird, ist nur das Werk seiner „Diener“ und hat mit der

eigentlichen Lehre nichts zu tun. Eine Lehre wurde uns gegeben, einen Glauben haben wir uns daraus gemacht und der Himmel lächelt blau und freundlich über Christen und Mohammedaner — über Heiden und Juden, — ja selbst über Katholiken und Protestanten nieder.

Herr Joost sah indessen mit Vergnügen, daß Klapas erstes Mißtrauen zum Teil beseitigt sei, und hoffte nun auch noch, ihn dahin zu bringen, Tsin-fus Haus selber zu betreten. So wie er dessen Schwelle dann überschritt, war er gefangen. Klapa schien aber dazu noch immer keine rechte Lust zu haben.

„Hier sind beide,“ sagte er jetzt zu Joost herantretend, indem er auf die kleine Gruppe der Unglücklichen zeigte, — hier sind beide, wie ich es versprochen; wo ist das Geld?“

„Geld?“ — „Geld hab' ich ebenfalls mitgebracht, Klapa“, rief Joost rasch; „Du sollst uns nicht etwa so lange borgen, bis Du wieder nach Batavia kommst. Aber schwerlich wirst Du doch gleich in Deine Berge zurückkehren, und erst etwas essen und trinken. Außerdem, — setzte er leise zu ihm gewandt hinzu — „hab' ich noch einen Auftrag für Dich, bei dem Du viel Geld verdienen könntest, wenn Du eben Lust und — Mut dazu hättest.“

„Keine gefährlichen Dinge mehr“, sagte aber Klapa mit dem Kopf schüttelnd — „mein Hals ist schon zu oft in Gefahr gewesen, um dafür zu büßen, was die Hände unternehmen. — Aber was ist es?“

Joost antwortete ihm nicht, sondern drehte den Kopf derselben Richtung zu, nach der schon Klapa aufmerksam hinüberhorchte. — Es war der Straße zu, auf der kurze Zeit vorher die beiden Wagen fortgefahren, und von woher in diesem Moment schon wieder Rädergerassel herüberbrönte. Herr Joost war indessen darüber ebenso erstaunt wie Klapa, dessen Blick unwillkürlich nach den bleichen Zügen seines Gefährten hinüberflog; die nächste Minute aber sollte ihnen Aufklärung bringen, denn dieselben beiden Wagen, die Tziledi mit den Damen und Herrn Goldbreit und van Straaten verlassen, kehrten schon wieder nach dorthin zurück. Herr Joost konnte seine Bestürzung darüber kaum verbergen, doch Klapa lachte.

„Aha!“ rief er, „die Weissen haben nach Tjoemboeloeit hinüber gewollt, aber gestern in der Nacht hat der Wind zwei mächtige Jamudjus quer über den Weg geworfen.“

